



UN-Polizistin in Mali, Afrika: In Gesprächen mit Bewohnern Informationen sammeln, um die Zivilbevölkerung zu schützen.

## Polizisten als Friedensakteure

Bei einem „Sicherheitspolitisches Frühstück“ berichtete Dmitry Titov über die Förderung und Stärkung von Rechtsstaatlichkeit als ein wichtiges Aufgabengebiet der UNO in Friedenssicherungseinsätzen.

Während sich die Referenten des „Sicherheitspolitischen Frühstücks“ im Innenministerium überwiegend mit Herausforderungen und Lösungsansätzen in Europa und Österreich beschäftigen, fokussierte der Vortrag von Dmitry Titov im Dezember 2016 im BMI in Wien auf globale Sachverhalte. Dr. Wilhelm Sandrisser, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU und Öffentlichkeitsarbeit) erläuterte in seinen einführenden Worten, dass viele der momentanen Problemstellungen globaler Natur und deshalb nur auf dieser Ebene lösbar seien. Deshalb habe man Dmitry Titov, Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN), als Gastredner eingeladen.

Titov identifizierte den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen in Friedenssicherungsein-

sätzen als wichtiges Aufgabengebiet der Vereinten Nationen. Fehlen diese Strukturen sowie Experten mit Erfahrung im Aufbau von Sicherheitsinstitutionen, gebe es Raum für organisierte Kriminalität, Korruption und Migrati-



Dmitry Titov (Mitte) bei einem Missionsbesuch 2010 in Ostimor.

on; häufig mit negativen Auswirkungen auf die regionale oder globale Sicherheit.

Die Mandate des Sicherheitsrats beinhalten häufig militärische Mittel zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung müssten jedoch folgen, um Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Hierfür sollten Maßnahmen so früh wie möglich als Teil eines umfassenden Stabilisierungsplans beginnen, der auf nationale Interessen und Bedürfnisse eingeht. Ein solcher Plan müsse äußerst wirksam und konstruktiv sein und innerhalb von drei bis fünf Jahren Resultate zeigen – nicht erst nach fünfzehn bis zwanzig Jahren.

Die Schaffung von nationalen Fähigkeiten und Fertigkeiten sei in Post-Konflikt-Gesellschaften extrem wichtig und sollte daher Hand in Hand mit



**Training für die Polizei im Südsudan: Aufbau von nationalen Fähigkeiten und Fertigkeiten.**



**UN-Polizisten in einem Camp für Vertriebene. Der Schutz der Bevölkerung ist eine der Hauptaufgaben der UN-Missionen.**

friedenssichernden Polizeieinsätzen gehen, betonte Titov. Die internationale Polizeiarbeit gewinne in diesem Rahmen zunehmend an Bedeutung. Im Juni 2016 habe es in New York erstmals ein Treffen mit Polizeichefs aus 110 Ländern gegeben. Bei dieser Veranstaltung wurde die zentrale Rolle der Polizei in der Friedenssicherung bestätigt.

In der Hauptabteilung Friedenssicherung der Vereinten Nationen in New York seien derzeit 60 Polizisten beschäftigt, die laufende Operationen mit polizeilicher Expertise unterstützen oder bei Bedarf neue Operationen aufsetzen. Es sei weiterhin geplant, in New York ein Team aufzubauen, das Wissen, Erfahrungen und Handlungsansätze im Bereich organisierter Kriminalität aufnehmen und zwischen den verschiedenen Friedensmissionen vermitteln könne.

**Aufbau stabiler Justizsysteme.** Aufgrund der Mehrheit der Friedensmissionen in Afrika gebe es dort einen großen Bedarf an Experten, die in der Lage sind, (polizeiliche) Strukturen zu schaffen und die örtlichen Polizeieinheiten aus- und fortzubilden. Für den nachhaltigen Aufbau einer nationalen Polizei sei eine gute Kooperation zwischen nationalen und internationalen Akteuren notwendig. Titov verwies darauf, dass es ungefähr 40 Jahre dauern würde, ein stabiles Justizsystem aufzubauen – für die Ausbildung der örtlichen Polizei müsse man fünf bis sieben Jahre veranschlagen.

Derzeit kämen 90 Prozent der 13.000 VN-Polizisten aus Afrika und Asien; sekundiertes Personal aus europäischen Ländern kehre aber vermehrt in die Missionen zurück. Für die teil-

nehmenden Polizisten aus 90 Ländern ergebe sich eine gute Möglichkeit, internationale Netzwerke mit Kollegen zu bilden. Man sei durch die Teilnahme an VN-Missionen sowohl als Person als auch als Staat ein elementarer Bestandteil der Stärkung von Polizeistrukturen und der internationalen Sicherheit.

Titov betonte die Bedeutung der Finanzierung von Programmen zum Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen. Die Kosten der 18 Friedensmissionen belaufen sich auf ungefähr acht Milliarden Dollar im Jahr, ein Bruchteil davon ist für Rechtsstaatlichkeit budgetiert. Die Finanzierung werde von allen Mitgliedsländern der Vereinten Nationen getragen, während die Mitglieder des Sicherheitsrates sowie Deutschland und Japan einen großen Teil der Kosten trügen.

## ZUR PERSON



**Dmitry Titov** wurde im Juli 2007 von VN-Generalsekretär Ban Ki-moon als Beigeordneter Generalsekretär für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen in der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (DPKO) berufen. Der russische Diplomat wechselte 1991 zu den Vereinten Nationen und leitete ab 1998 die Afrikaabteilung der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze. In dieser Funktion war er für zahlreiche friedenssichernde Missionen der Vereinten Nationen in Afrika verantwortlich.

Die Vorteile einer VN-Mission sieht Titov darin, dass diese vom Sicherheitsrat entsandt würden und daher ein klares völkerrechtliches Mandat haben. Darüber hinaus sei für viele VN-Missionen der enge Kontakt mit der EU und EU-Trainingsmissionen unentbehrlich. Die EU-Mitgliedstaaten sollten festlegen, wie weit sie sich in der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen engagieren möchten.

**Künftige Polizeimissionen.** Auf die Frage des Gruppenleiters Wilhelm Sandrisser nach Möglichkeiten, wie zukünftige Polizeimissionen aussehen könnten, gerade was die Möglichkeiten der zivil-militärischen Zusammenarbeit betrifft, und welche Herausforderungen auf Europa zukämen, antwortete Titov, dass gewisse Aufgaben nur von militärischen oder nur von polizeilichen Kontingenten übernommen werden könnten.

Vor allem in Missionen mit Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung sei die polizei-militärische Zusammenarbeit wichtig. Die Herausforderungen für Europa seien geografisch gesehen klar: Libyen, Syrien und der Jemen. In diesen Ländern würden die VN und die EU auch in Zukunft gut zusammenarbeiten, betonte Titov. Die Planung müsse zwar verbessert werden, doch die Krisen sollten gemeinsam bewältigbar sein.

**Österreich** beteiligt sich seit 2004 mit einem Polizisten an der VN-Mission in Kosovo (UNMIK). Zuvor waren Polizisten unter anderem in den VN-Missionen in Ost-Timor und Bosnien und Herzegowina eingesetzt.

*Paul Schlieffsteiner*